



Stadtkanzlei

Beschlüsse des Gemeinderates

Der Gemeinderat hat sich an seiner Sitzung vom 3. September 2026 mit folgenden Geschäften befasst:

1. Protokoll der Sitzung vom 25. Juni 2026

Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

2. Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Gemeinderatsstellvertreter Beat **Deplazes** (Freie Liste & Grüne) legt vor dem Gemeinderatspräsidenten das Gelübde ab.

3. Botschaft Teilrevision Gesetz über die IBC Energie Wasser Chur

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Die Teilrevision des Gesetzes über die IBC Energie Wasser Chur (IBC-Gesetz; RB 811) wird mit 20 Ja- zu 1 Nein-Stimmen genehmigt.
2. Die Gasstrategie der Stadt Chur wird zur Kenntnis genommen.
3. Die Teilrevision untersteht gemäss Art. 11 lit. a in Verbindung mit Art. 12 Abs. 2 Verfassung der Stadt Chur (RB 111) dem obligatorischen Referendum.

4. Botschaft Teilrevision Schulgesetz (RB 711); Umsetzung Kindergartenobligatorium an der Stadtschule Chur

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Die Teilrevision des städtischen Schulgesetzes (RB 711) wird einstimmig genehmigt.





2. Der Beschluss gemäss Ziffer 1 untersteht gestützt auf Art. 11 lit. a) in Verbindung mit Art. 12 Abs. 2 der Verfassung der Stadt Chur (RB 111) dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat genehmigt einstimmig die Festlegung der Lektionentafel im ersten Kindergartenjahr an der Stadtschule Chur auf 22 Lektionen.
4. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis davon, dass die Schuldirektion die Unterrichtszeiten sowie die Randauffangzeiten in den Dörfern geringfügig abweichend von den Regelungen in Chur gestalten kann.
5. Der Auftrag Vorberatungskommission PVO betreffend Entschädigung Kindergartenlehrpersonen wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.

5. Botschaft Teilrevision Grundordnung GEP (Rheinquartier)

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

Der Generelle Erschliessungsplan (GEP), 1:2'000, "Austrasse-Plessurmündung" wird mit 18 Ja- zu 2 Nein-Stimmen (1 Enthaltung) erlassen.

6. Botschaft Entlastungspaket 2027 zur Stärkung der Selbstfinanzierung

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Vom Bericht Entlastungspaket 2027 zur Stärkung der Selbstfinanzierung wird Kenntnis genommen.
2. Die Massnahmen ab 2027 in der Kompetenz des Stadtrates der Priorität 1 und der Priorität 2 werden bereits im Budget 2027 abgebildet. Der Beschluss erfolgt mit 13 Ja- zu 8 Nein-Stimmen.
3. Für die Vorberatung der in der Kompetenz des Gemeinderates und des Volks liegenden Massnahmen wird einstimmig eine Vorberatungskommission eingesetzt. Gewählt werden:
 - Sandra **Adank** (SVP)
 - Giulia **Casale** (SP)
 - Andreas **Imhof** (GLP)
 - Leonie **Liesch** (Die Mitte)



- Daniel **Lütscher** (FDP)
- Martina **Nett Schatz** (FLG)

Als Präsident wird Daniel **Lütscher** (FDP) gewählt.

7. Auftrag Daniel Lütscher und Mitunterzeichnende betreffend organisatorische Veränderungen innerhalb der Stadtverwaltung; Bericht

Der Auftrag wird einstimmig abgeschrieben.

8. Auftrag Giulia Casale und Mitunterzeichnende betreffend Stop des Baubewilligungsverfahrens Überbauung Hinder Selias Maladers und Überarbeitung des zugrundeliegenden Quartierplans; Bericht

Der Auftrag wird mit 16 Ja- zu 4 Nein-Stimmen (1 Enthaltung) abgelehnt.

9. Interpellation Barbara Rimml und Mitunterzeichnende betreffend Zwischennutzung von städtischen Liegenschaften; Antwort

Die Interpellantin erklärt sich als von der Antwort des Stadtrates teilweise befriedigt.

10. Interpellation Erika Loretz und Mitunterzeichnende betreffend Aufhebung der Trennung von Sekundar- und Realschulklassen; Antwort

Kamber erklärt im Namen der Interpellantin sich als von der Antwort des Stadtrates nicht befriedigt.

Frau **Cabalzar** verlangt Diskussion.

11. Interpellation Leonie Liesch und Mitunterzeichnende betreffend Unterstützungsmöglichkeiten für Gewerbebetriebe bei städtischen Baustellen; Antwort

Die Interpellantin erklärt sich als von der Antwort des Stadtrates teilweise befriedigt.



12. Interpellation Leonie Liesch und Mitunterzeichnende betreffend Entwicklung von Kurzzeitvermietungen und Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt in Chur; Antwort

Die Interpellantin erklärt sich als von der Antwort des Stadtrates teilweise befriedigt.

13. Interpellation SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Projekt Haus zur Kante; Antwort

Hegner erklärt sich im Namen der Interpellanten als von der Antwort des Stadtrates teilweise befriedigt.

Cangemi verlangt Diskussion.

14. Auftrag SP-Fraktion, SVP-Fraktion, FDP-Fraktion, GLP-Fraktion, Fraktion Freie Liste & Grüne und Mitunterzeichnende betreffend Ersatz der oberen Sektion Brambrüeschbahn; Antrag um Fristverlängerung

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

Die Frist zur Einreichung der Botschaft zum Auftrag SP-Fraktion, SVP-Fraktion, FDP-Fraktion, GLP-Fraktion, Fraktion Freie Liste & Grüne und Mitunterzeichnende betreffend Ersatz der oberen Sektion Brambrüeschbahn wird mit 20 Ja- zu 1 Nein-Stimmen bis Dezember 2026 erstreckt.

15. Interpellation SP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Zukunft der alten Stadthalle; Antrag um Fristverlängerung

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

Die Frist zur Einreichung der Antwort zur Interpellation der SP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Zukunft der alten Stadthalle wird mit 20 Ja- zu 0 Nein-Stimmen (1 Enthaltung) bis zur Gemeinderatssitzung im Mai 2027 erstreckt.



16. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung

Die Fragen von Walter **Hegner** (SVP) betreffend Ersatz der oberen Sektion Brambrüeschbahn werden durch **Stadtpräsident Hans Martin Meuli** beantwortet.

Die Fragen von Barbara **Rimml** (SP) betreffend Belagsanierung auf der A13 werden durch **Stadtrat Simon Gredig** beantwortet.

17. Neue Vorstösse

- Auftrag Vincenzo Cangemi und Mitunterzeichnende betreffend Belebung der Churer Altstadt durch Oberflächen-Wasserläufe unter Nutzung des Mühlbachs (z.B. nach dem Vorbild der Freiburger Bäche)
- Auftrag Sandra Adank und Mitunterzeichnende betreffend Teilrevision von Art. 5 des Gesetzes über die Abfallbewirtschaftung (ABG)
- Auftrag Leonie Liesch und Mitunterzeichnende betreffend Fokussierung und künftige Ausrichtung der städtischen Wirtschaftsförderung
- Interpellation Flavia Brüesch und Mitunterzeichnende betreffend Handel mit lokalem Strom ankurbeln
- Interpellation Martina Nett Schatz und Mitunterzeichnende betreffend Auswirkungen der Hitzeperioden im Sommer 2026 auf Gesundheit und Infrastruktur
- Interpellation Barbara Rimml und Mitunterzeichnende betreffend Trockenheit und Wassermanagement

Der Wortlaut der neu eingegangenen Vorstösse kann auf www.chur.ch/gemeinderatsgeschaefte eingesehen werden.

Beschwerde

Gegen diese Beschlüsse kann innert 30 Tagen seit dieser Veröffentlichung beim Obergericht des Kantons Graubünden schriftlich Beschwerde eingereicht werden. Die Beschwerde hat ein Rechtsbegehren, den Sachverhalt mit den Beweismitteln sowie eine Begründung zu enthalten.



Referendum

Gestützt auf Art. 11 lit. a der Stadtverfassung unterliegt Beschluss Nr. 3, Teilrevision Gesetz über die IBC Energie Wasser Chur, dem obligatorischen Referendum.

Gestützt auf Art. 12 Abs. 2 unterliegt Beschluss Nr. 4, Teilrevision Schulgesetz (RB 711); Umsetzung Kindergartenobligatorium an der Stadtschule Chur, dem fakultativen Referendum. Die Referendumsfrist beträgt 30 Tage seit dieser Veröffentlichung (Art. 13 Abs. 2 Stadtverfassung).

Für den Gemeinderat von Chur
Stadtkanzlei